

LEITARTIKEL

Warum und wofür

Debattenkultur fehlt's an Kulturdebatten

VON MICHAEL HELBING

Es ist schon wahr: Wer sich berufsmäßig für Kulturpolitik interessiert, hat im Thüringer Landtag nicht viel verloren.

Denn sie findet dort so gut wie gar nicht statt.

Das ist bemerkenswert genug, da Kultur, wie zum Beispiel auch Bildung und Polizei, ja vornehmlich Ländersache ist. In der Praxis ist sie dort aber Sache der Regierung und wird dem Votum der Volksvertreter entzogen. Verträge wie jene für Theater und Orchester, aber auch die „Museumperspektive 2025“ sind nicht zustimmungspflichtig. Sie gehen unter in allgemeinen Beratungen zum Haushalt.

Der Ressortzuschnitt von Rot-Rot-Grün verschärft dergleichen seit vier Jahren, indem er im Landtag einen Ausschuss für Europa, Kultur und Medien zeitigte, in dem viel Europa, etwas weniger Medien und kaum noch Kultur diskutiert wird.



Die Botschaft ist verheerend: Während die Verfassung des Freistaates „in dem Bewusstsein des kulturellen Reichtums“ geschrieben und begonnen wurde, entzieht sich ihm ein

Verfassungsorgan. Das ist ein Strukturproblem.

Und so entzieht sich letztlich ein ganzes Land der im Grunde fortwährend zu führenden Debatte, warum und wofür es öffentliches Geld für

Theater, Orchester, Museen, Schlösser, Gärten, Musik, Literatur und Kunst ausgibt. Die Debatte wird vornehmlich von jenen geführt, die damit ihren Lebensunterhalt bestreiten, Kulturjournalisten inklusive.

Insofern liefert jetzt das Buch „Kulturpolitik in Thüringen“ als beschreibende und kritische Bestandsaufnahme Anlässe genug, darüber hinaus zu gehen. Wenn Kultur ein Lebensmittel ist, auf das zu verzichten uns nicht möglich ist, muss sie auch als lebendig begriffen werden. kultur@tlz.de



Gesetzentwurf zum Nationalen Naturmonument im L

Im Landtag steht das Gesetz zum Naturmonument Grünes Band, an dem zwei Jahre gearbeitet wurde, nun auf der Tagesordnung. Den Eigentümern ist man in einigen Punkten entgegengekommen. Lothar Wandt vom Nabu war dazu kürzlich mit Grünen-Landtagsabgeordneten Roberto Kobelt und Grünen-Kreistagsmitglied Norbert Sondermann (links) auf

• Seite 13: f

Kulturpolitik in der Sinn- und Strukturkrise

Studie zeigt: Akteure fühlen sich abseits von Weimar und Erfurt benachteiligt und abgehängt

VON MICHAEL HELBING

WEIMAR/ERFURT. Als vor allem auf sich selbst bezogen, an der Bestandswahrung orientiert und wenig durchlässig beschreibt eine Studie das kulturpolitische Netzwerk in Thüringen. Autor Michael Flohr hat sie als eine politikwissenschaftliche Doktorandenarbeit an der Universität Erfurt vorgelegt, unter dem Titel „Kulturpolitik in Thüringen“ wurde sie inzwischen publiziert. Die Kulturpolitik be-

finde sich in einer systemimmanenten Sinn- und Strukturkrise.

Öffentliche Kulturförderung, so der Befund, privilegiere „nahezu exklusiv etablierte, tradierte Einrichtungen und Kulturgüter.“ Neuem lässt das kaum Platz, sich zu entwickeln.

Die Untersuchung beschreibt einen „doppelten Zentralismus: Das Politikfeld richte sich demnach fast gänzlich am für Kunst und Kultur zuständigen Ministerium aus, derzeit an der Staatskanzlei, während es für das Par-

lament und seine Fraktionen „eine geringe Relevanz“ habe.

Darüber hinaus seien die Landeshauptstadt Erfurt und die Kulturstadt Weimar zum „kulturpolitischen Dreh- und Angelpunkt“ verschmolzen. Diesem werde „eine politische und repräsentative Aufmerksamkeit zuteil, die bei den Nichtberücksichtigten Unbehagen auslöst“.

Laut Befragungen von Kulturakteuren, auf denen das Buch unter anderem beruht, fühlt sich die Szene jenseits dessen be-

nachteiligt und abgehängt. Ähnliches gilt Flohr zufolge für neue Formen von Kunst und Kultur,

aber auch „gegenüber wirtschaftlich tragfähigen, nachfrage- und unterhaltungsorientierten Kulturangeboten“. Letzteren stehe Kulturpolitik ablehnend gegenüber, derweil sie eine „reine Angebotspolitik“ betriebe. Diese gehe an der Bevölkerung oft vorbei. Flohr erhofft sich eine kontroverse Debatte.

• Seite 9: Kultur